

Stellungnahme des Personalrates zum Stellenplan 2025:

Der vorliegende Plan sieht eine Erhöhung der Gesamtstellen um 30,43 vor. Diese Entwicklung zeigt, dass die wachsenden Anforderungen in verschiedenen Bereichen erkannt wurden. Wir möchten in unserer Stellungnahme auf einige wichtige Punkte hinweisen, die aus unserer Sicht weiter diskutiert werden sollten.

Ein gravierender Einschnitt ist der Wegfall der Stellen, die bisher durch das Programm nach § 16i SGB II finanziert wurden. Die Mittel im Bundeshaushalt wurden ersatzlos gestrichen. Allein im Strecktalpark fallen hier 1,54 Stellen weg, was den Arbeitsdruck auf die verbleibenden Kräfte deutlich erhöhen wird. Gerade im Hinblick auf die angestrebte Bewerbung zur Landesgartenschau muss über alternative Lösungen nachgedacht werden, um den hohen Pflegestandard zu halten. Das ist nicht nur eine Frage der Qualität, sondern auch der Entlastung unserer Beschäftigten.

Der Wegfall des Bundesprogrammes "Teilhabe am Arbeitsmarkt" nach § 16i SGB II ist generell äußerst bedauerlich. Das Programm hat bei der Stadtverwaltung Pirmasens in den letzten Jahren sehr positive Wirkungen gezeigt, insbesondere für langzeitarbeitslose Menschen. Es bot diesen Personen die Chance, durch geförderte Arbeitsverhältnisse wieder in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. In vielen Bereichen, wie z.B. der Grünpflege oder der Seniorenbegleitung, haben die geförderten Stellen einen wertvollen Beitrag zur Entlastung bestehender Teams geleistet. Auch der gesellschaftliche Nutzen dieser Maßnahme war enorm, da sie den Betroffenen neue Perspektiven bot und damit einen positiven Effekt auf den Arbeitsmarkt und die Gemeinschaft hatte.

Im Zusammenhang mit der Arbeitsverdichtung ist ein weiterer Punkt, der uns beschäftigt, die Bearbeitung von Bürgeranfragen. Die Frage, ob wir künftig jedem Bürgerbegehren in vollem Umfang nachkommen können, muss vor dem Hintergrund der verfügbaren Personalressourcen dringend geprüft werden. Wir sollten hier Lösungen entwickeln, die sowohl die gesetzlichen Anforderungen erfüllen als auch eine nachhaltige Arbeitsbelastung sicherstellen.

Positiv hervorheben möchte ich die Aufstockung im Gebäudemanagement. Hier sind 3,91 neue Stellen vorgesehen, was vor allem den Bereichen Reinigung und Hausmeisterdienst zugutekommt. Diese Aufstockung ist ein wichtiger Schritt, um den steigenden Anforderungen in diesem Bereich gerecht zu werden.

Ein weiteres zentrales Thema ist die Besetzung der Stellen im Kita-Bereich. Der Plan sieht hier fast 20 neue Stellen vor, um den Betrieb neuer Einrichtungen sicherzustellen und den gestiegenen Bedarf in den bestehenden Kitas zu decken. Doch wir müssen realistisch sein: Der Arbeitsmarkt in diesem Bereich ist angespannt. Daher begrüßen wir den Vorschlag, bereits im Vorfeld Genehmigungen für unbefristete Ausschreibungen einzuholen. Das könnte die Attraktivität der Stellen erhöhen und die Besetzung erleichtern.

Im Bereich der Amtsvormundschaften sehen wir eine positive Entwicklung durch die geplante zusätzliche 0,47 Stelle. Allerdings muss die Eingruppierung dieser anspruchsvollen Tätigkeit angepasst werden, um qualifizierte Fachkräfte zu halten. Hier appellieren wir an die Verwaltungsspitze, sich bei kommenden

Tarifverhandlungen beim Verband der kommunalen Arbeitgeber für eine angemessene Lösung einzusetzen.

Zum Schluss möchte ich noch auf das Thema Digitalisierung eingehen. Im Stellenplan ist eine Aufstockung der Stellen im Bereich Digitalisierung und IT-Sicherheit vorgesehen. Wir stehen vor großen Herausforderungen, gerade in Zeiten des durch das Ausscheiden der Babyboomer drohenden Personalmangels, auf den wir in unserer letzten Stellungnahme besonders hingewiesen haben. Künstliche Intelligenz kann helfen, den Arbeitsaufwand in vielen Bereichen zu reduzieren. In unserer unmittelbaren Nähe, in Kaiserslautern, wurde kürzlich ein neues KI-Innovationszentrum – ein weiterer Standort des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz - eröffnet. Wie wir der Presse vom 9.10.2024 entnehmen konnten, arbeiten z. B. das LKA und das Bundeskriminalamt mit dem DFKI zusammen. Der Personalrat schlägt deshalb vor, sich über die Möglichkeiten, die KI in diesem Zusammenhang bieten kann, zu informieren und zu prüfen, ob wir dabei auf die Fachkompetenz des DFKI zurück zu greifen können. Der Personalrat steht bereit, diese Entwicklungen konstruktiv zu begleiten.